

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom

11. Mai 2026

Kantonsratspräsidentin

Widmer Reichlin Gisela

A 769 Anfrage Bärtschi Andreas und Mit. über die zunehmende organisierte Kriminalität im «Spezialgewerbe» und deren Auswirkungen auf die Sicherheit und die Wirtschaft im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Die Anfrage A 769 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht.

Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Andreas Bärtschi hält an der Dringlichkeit fest.

Andreas Bärtschi: Über dieses Thema hat unser Rat schon öfters diskutiert. Die Strafverfolgungsbehörden haben entsprechende Massnahmen eingeleitet und eine Task Force ins Leben gerufen. Dem Jahresbericht der Luzerner Polizei kann zudem entnommen werden, dass sich die Situation verschlimmert hat. Wir halten an der Dringlichkeit fest, da wir der Meinung sind, dass die Luzerner Bevölkerung das Recht hat, Antworten auf diese Fragen zu erhalten.

Andy Wandeler: Das Anliegen der Anfrage ist wichtig, aber es gibt bereits weitere Geschäfte, die in diese Richtung gehen und demnächst behandelt werden. Leider sind nicht alle Dringlichkeitskriterien erfüllt. Die SVP-Fraktion bittet die Regierung um eine zeitnahe Information, sofern das möglich ist. Wir lehnen die Dringlichkeit ab.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Es ist unbestritten, dass die Bekämpfung der organisierten Kriminalität die Luzerner Polizei sehr stark beschäftigt. Es ist auch ein Schwerpunktthema der Luzerner Regierung. Die Dringlichkeit ist aber nicht gegeben. Wir haben im letzten Geschäftsbericht darüber informiert. Die Taskforce arbeitet mit den ihr zur Verfügung stehenden Personalressourcen weiter, sie wurden verstärkt. Zum heutigen Zeitpunkt können wir nicht mehr sagen, als was wir diesen März im Jahresbericht kommuniziert haben. Wie Andy Wandeler erklärt hat, ist es ein wichtiges Thema, das aber keine dringliche Debatte erfordert. Wir werden die Anfrage im Rahmen der üblichen Fristen beantworten. Der Luzerner Regierung ist die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ein sehr wichtiges Thema.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 96 zu 21 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.